

# Gemeinsame Pressemitteilung der Verbände

Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft e. V. (BVA)

Deutscher Verband Tiernahrung e. V. (DVT)

Verband der Handelsmälzereien e. V. (VHM)

Verband Deutscher Mühlen e. V. (VDM)

vom 28.05.2008



## Vorrang für Lebensmittelproduktion schafft Versorgungssicherheit

### Parlamentarischer Abend der deutschen Getreidewirtschaft in Brüssel

Veränderte Rahmenbedingungen für die Agrarwirtschaft, volatile Lebensmittelmärkte sowie Ressourcenknappheit werfen die Frage auf, wie die sichere und nachhaltige Lebensmittelversorgung in Europa gewährleistet werden kann. Gemeinsam mit dem bayerischen Staatsminister Josef Miller luden die Verbände der deutschen Getreidewirtschaft, der Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA), der Deutsche Verband Tiernahrung (DVT), der Verband Deutscher Mühlen (VDM) und der Verband der Handelsmälzereien (VHM) vor diesem Hintergrund zu einem parlamentarischen Abend in der bayerischen Vertretung bei der EU in Brüssel ein. Dieser widmete sich der Fragestellung „Sichere und nachhaltige Lebensmittelversorgung in Europa – heute und auch in Zukunft?“.



Staatsminister Miller, der als Hausherr über 100 Gäste aus dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission sowie europäischen Verbänden und Organisationen begrüßte, konstatierte in seinem Eröffnungsstatement eine grundsätzlich gewandelte Einstellung zum Thema Versorgungssicherheit in der politischen und öffentlichen Diskussion. Die Erzeugung von Lebens- und Futtermitteln habe einen neuen Stellenwert erhalten. Der Standort Europa biete bessere Voraussetzungen als andere Teile der Welt, dem gerecht zu werden und Lebensmittel zu hohen Standards zu produzieren. Dabei müsse gewährleistet sein, dass „der Teller vor dem Tank gefüllt wird“. In der Marktentwicklung zeige sich, dass die Energiepreise zukünftig die Funktion der Preisabsicherung für Getreide und

Agrarrohstoffe übernehmen werden. Gleichzeitig mahnte Miller die besondere Verantwortung der Europäer an, „in einer globalen Welt auch globale Verantwortung für die Ernährung der Menschen“ zu übernehmen. Die Ernährungssicherung in Entwicklungs- und Schwellenländern könne nur über eine nachhaltige Agrarverfassung, bessere Ausbildung und Information gewährleistet werden. Besondere Bedeutung komme dabei der Agrarforschung und ihrer Förderung zu.



Der Europaabgeordnete Albert Deß betonte die besondere Rolle der Lebensmittelmärkte und der Landwirtschaft, die mit anderen Wirtschaftsbereichen vor allem in handelspolitischer Hinsicht nicht vergleichbar sei. Lebensmittel seien nach wie vor im Verhältnis zu anderen Gütern sehr preiswert, über die Verwendung der Rohstoffe für Lebensmittel oder Energie entscheide letztlich die Preiskonstellation.

Dr. Willi Schulz-Grewe stellte das Konzept der EU-Kommission zum „health check“ vor und zeichnete ein differenziertes Bild für die Agrarmärkte. Man sehe bereits eine deutliche Beruhigung, die in Gegensatz zur Medienberichterstattung und öffentlichen Wahrnehmung stehe. Die Kommission geht aber nicht davon aus, dass die Märkte für Agrarprodukte zu der Niedrigpreissituation der vergangenen Jahre zurückkehrten. Weitere Ansatzpunkte seien die Förderung der Agrarforschung und die Notwendigkeit, in Europa zu einem realistischen Umgang mit der Grünen Gentechnik zu kommen. Keinen Anlass sehe die Kommission, die europäischen Ziele für die Bioenergie-Verwendung in Frage zu stellen.



Aus Sicht der Wirtschaftsverbände wies Dr. Heinz Roling, DVT, auf die kurz- und mittelfristigen Perspektiven für die Getreide- und Futtermittelmärkte und die mehrheitlich positiven Ernteprospektiven hin. Obwohl auch in Zukunft mit einem relativ hohen Preisniveau bei Getreide zu rechnen sei, distanzieren sich die Wirtschaftsverbände von dem in den Medien verwendeten Begriff der Lebensmittelkrise. Das neue Preisniveau mobilisiere Produktionsreserven. Das Konzept des health check finde im Grundsatz die Zustimmung der Wirtschaft, „insbesondere was die lange überfällige Abschaffung der Flächenstilllegung und der Energiepflanzenprämie sowie die Einschränkung der Intervention betrifft“, so der DVT-Präsident. Kritisch sei zu bewerten, dass die verbleibenden Marktordnungsinstrumente auf der Grundlage politischen Ermessens ohne verbindliche Spielregeln eingesetzt werden sollen. „Gefordert sind vielmehr Verlässlichkeit und Kalkulierbarkeit“. Zentrales Anliegen sei über die Agrarmarktpolitik hinaus die Sorge, dass die europäische Zulassungspolitik für gentechnisch veränderte Organismen die Rohstoffversorgung der Tierhaltung und der Ernährungsindustrie abschneidet. Es bestehe mehr als dringender Handlungsbedarf zur Anpassung der Zulassungspraxis und zur Einführung eines Schwellenwertes für noch nicht zugelassene, aber bereits sicherheitsbewertete Events.

Ausdrücklich begrüßte er die Signale aus der EU-Kommission und von Bundesminister Seehofer, die zugestehen, dass die Nulltoleranz gegenüber GVO-Bestandteilen nicht länger zu rechtfertigen ist. Dies müsse in einer kurzfristigen Lösung umgesetzt werden, die aber mehr umfassen müsse als vereinheitlichte Analysemethoden und einen Schwellenwert an der Bestimmbarkeitsgrenze.

In der anschließenden Diskussion forderte Bruno Fehse, Präsident des BVA, die Kommission auf, mittelfristig gegebene Zusagen einzuhalten. Direktzahlungen an die Landwirte, die fest bis 2012 zugesagt und eingeplant waren, sollten nicht kurzfristig aufgekündigt werden. Zuverlässigkeit sei nicht zuletzt bezüglich weiterer Investitionen sowie der Kreditvergabepolitik der Banken im Hinblick auf die Agrarwirtschaft notwendig. Ob staatliche Vorratslager erforderlich werden, müsse noch geprüft werden.